

Stadtrat Jena

Beschlussvorlage Nr. 22/1539-BV



Einreicher:

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE.,
FDP, SPD, Anne Neumann

- öffentlich -

Jena, 29.06.2022

Sitzung/Gremium

am:

Stadtrat der Stadt Jena

13.07.2022

beschlossen am 14.07.22

1. Betreff:

Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates „Rederecht für das Jugendparlament“

2. Bearbeiter / Vortragender:

Philipp Gliesing

Datum/Unterschrift

3. Vorliegende Beschlüsse zum Sachverhalt:

4. Aufhebung von Beschlüssen: -

5. Gesetzliche Grundlagen: ThürKO

6. Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt: (in EUR)

ja nein

7. Auswirkungen auf das Klima: -

8. Bürgerbeteiligung: Jugendparlament

9. Realisierungstermin:

10. Anlagen: Anlage 1 - Satzung des Jugendparlaments der Stadt Jena

Dr. Margret Franz / Kathleen Lützkendorf
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Guntram Wothly
Vorsitzender der
CDU-Fraktion

Lena Saniye Güngör
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE.

Alexis Taeger
Vorsitzender der
FDP-Fraktion

Katja Glybowski
Vorsitzende der
SPD-Fraktion

gez. Anne Neumann
Anne Neumann
Mitglied im Jenaer Stadtrat

Der Stadtrat beschließt:

001 Zur Beteiligung von Jugendlichen und der öffentlichen Wahrnehmung ihrer Interessen wird die Geschäftsordnung des Stadtrates im § 14 Sitzungsleitung und Verlauf wie folgt geändert:

(7) Der Vorsitz oder ein vom Jugendparlament dazu zu bestimmendes Mitglied hat das Recht, zu Themen, die Jugendliche in Jena betreffen, im Stadtrat und in den Ausschüssen das Wort zu erhalten.

Die Nummern der folgenden Absätze werden angepasst.

002 Der Oberbürgermeister wird beauftragt weitere mögliche satzungsmäßige Anpassungen zur Sicherung des Rederechts für Vertreterinnen und Vertreter des Jugendparlaments zu prüfen.

Begründung:

Es ist ein erklärtes Ziel aller demokratischen Fraktionen im Jenaer Stadtrat, die Beteiligung von Jugendlichen in Jena zu gewährleisten und in hohem Maße zu realisieren. Dem Engagement von gewählten Vertreterinnen und Vertretern des Jugendparlaments ist es zu verdanken, dass Jugendliche in einem eigenen Gremium vertreten sind und ihre Interessen in der Stadtpolitik somit wahrgenommen werden.

Mit dem Antrag wird beabsichtigt, dauerhaft ein Rederecht im Stadtrat zu ermöglichen und somit auch Rechtssicherheit für die Vorsitzenden des Jugendparlaments herzustellen, die durch eine eigene Satzung und Geschäftsordnung als Vertretung der Jugendlichen in Jena fungieren. Das Jugendparlament beabsichtigt aktuell, mit einem Satzungsentwurf erneut über Rechte und Pflichten aufzuklären und die Grundlage für die weitere Tätigkeit als politischer Akteur zu schaffen. Dort soll unter § 6 über „Rechte im Stadtrat“ auch das Rederecht im Stadtrat und seinen Gremien aus der bisherigen Satzung wieder implementiert werden. Im Zuge dessen soll der Stadtrat diese beantragte Änderung seiner Geschäftsordnung für ein Rederecht zu relevanten Themen billigen und beschließen. Der Begriff „Themen, die Jugendliche in Jena betreffen“ wird im Anhang der Satzung des Jugendparlaments definiert.